

# NIEDERSCHRIFT

---

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	HuF/039/21-26
Sitzungsdatum	Mittwoch, den 12.03.2025
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	20:04 Uhr
Ort	Stadthalle Friedberg (Saal 3/Clubraum 1+2), Am Seebach 2, 61169 Friedberg (Hessen)

## Teilnehmerliste

### Vorsitzender

Herr Bernd Wagner

### Mitglieder

Herr Torsten Bietz in Vertretung von Herrn Philipp Götz  
 Herr Friedrich Wilhelm Durchdewald  
 Herr Christoph Haub  
 Herr Ulrich Hausner  
 Herr Dr. Reinhold Merbs  
 Herr Rudolf Mewes  
 Herr Dr. Klaus-Dieter Rack  
 Herr Dr. Martin Saltzwedel

### Schriftführerin

Frau Angela Kammer

### Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Kjetil Dahlhaus  
 Frau Erste Stadträtin Christine Diegel  
 Herr Stadtrat Gerhard Bohl  
 Frau Stadträtin Claudia Eisenhardt  
 Herr Stadtrat Siegfried Köppl  
 Herr Stadtrat Norbert Simmer  
 Frau Stadträtin Evelyn Weiß

### Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Frau Sabine Fuchs

### Verwaltung

Herr Heiko Bullmann

### Abwesenheit:

### Anlagen:

- Anlage 1 (zu TOP 4) 21-26/1334 Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen vom 04.12.2024; Anpassung der Anzahl der Briefwahlbezirke an das gesteigerte Briefwahlaufkommen, hier: Stellungnahme des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Anlage 2 (zu TOP 7) 21-26/1225 Entschädigungssatzung der Kreisstadt Friedberg; Auszug Mag/159/21-26 vom 17.02.2025, Beschlussempfehlung des Magistrats

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit und Hinweis auf Prüfung der Befangenheit nach § 25 HGO
2		Genehmigung der Tagesordnung
3		Mitteilungen der Dezernenten
4	21-26/1334	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.12.2024; hier: Anpassung der Anzahl der Briefwahlbezirke an das gesteigerte Wahlbriefaufkommen
5	21-26/1358	Gründung der „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis GmbH“
6	21-26/1373	Beschluss über die Übernahme des Eigenanteils der Kommune im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus
7	21-26/1225	Entschädigungssatzung der Kreisstadt Friedberg (Hessen)
8	21-26/1359	Jährlich stattfindende Einbürgerungsfeier in der Stadt Friedberg
9		Verschiedenes
9.1		Verschiedenes; hier: Leserbrief „Abfallentsorgung“ in der WZ / Pressemitteilung der Stadt Friedberg (Hessen)
9.2		Verschiedenes; hier: Antrag 21-26/1332 Stelle für Klimaanpassungsmanagement / Sachstand Änderungsantrag
9.3		Verschiedenes; hier: Baumaßnahmen Kita Rübenburg / Sachstand

### Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
<b>1.</b>		<b>Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit und Hinweis auf Prüfung der Befangenheit nach § 25 HGO</b>

Ausschussvorsitzender Bernd Wagner eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, namentlich die Dezernenten, den Magistrat, den Pressevertreter Jürgen Wagner sowie den neuen Fachbereichsleiter Innere Verwaltung, Herrn Heiko Bullmann, der sich kurz vorstellt.

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß.

Auf die Beachtung von § 25 HGO durch die Gremienmitglieder wird hingewiesen.

## 2. Genehmigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung liegen keine Einwände vor.

## 3. Mitteilungen der Dezenten

Zum Tagesordnungspunkt 3 liegen keine Mitteilungen der Dezenten vor.

## 4. 21-26/1334 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.12.2024; hier: Anpassung der Anzahl der Briefwahlbezirke an das gesteigerte Wahlbriefaufkommen

### Antragstext:

Bei Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen werden mindestens vier Briefwahlbezirke eingerichtet.

Von Seiten der Verwaltung liegt eine Stellungnahme des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 06.12.2024 vor, die bereits in der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben wurde. (Anlage 1)

An der Beratung beteiligen sich mit Wortmeldungen folgende Mitglieder: Mewes, Hausner, Haub sowie Bürgermeister Dahlhaus.

Mitglied Mewes berichtet aus der Praxis von Erfahrungen als ehrenamtlicher Wahlhelfer im Briefwahlausschuss.

Mitglied Hausner erkundigt sich nach der Durchführung der Wahl und der Zahl der Wahlhelfer.

Bürgermeister Dahlhaus stellt die Besetzung der Wahlausschüsse, das Auszählverfahren der letzten Wahl dar und berichtet, dass dank der Nachrückerliste krankheitsbedingte Ausfälle der Wahlhelfer aufgefangen werden konnten.

### Änderungsvorschlag 1 / Mewes

(Prüfauftrag) Die Verwaltung soll prüfen, inwiefern Briefwahlbezirke so eingerichtet werden können, dass eine Zuordnung der Briefwahlbezirke zum örtlichen Wahlbezirk möglich ist und sich auch statistisch das Ergebnis der Briefwahl dem Präsenzwahlbezirk zuordnen lässt.

### Änderungsvorschlag 2 / Mewes

(Prüfauftrag) Die Verwaltung soll (z.B. am Beispiel der Kommunen Darmstadt und Bad Vilbel) prüfen, inwiefern die Anzahl der Wahlhelfer (13 Personen) im Wahlvorstand des Briefwahlbezirks reduziert werden kann.

### Änderungsvorschlag 3 / Haub

(Prüfauftrag) Die Verwaltung, hier: das Ordnungsamt/Herr Meyer, wird beauftragt, einen Vorschlag zu machen, inwiefern weitere Briefwahlbezirke eingerichtet werden können und wie Ortsteile zusammengelegt werden könnten.

Ausschussvorsitzender Wagner fasst das Ergebnis der Beratung zusammen.

Es folgen keine Einwände. Über den Auftrag an die Verwaltung herrscht Einvernehmen.

### Auftrag an die Verwaltung:

- Die Verwaltung soll prüfen, inwiefern weitere Briefwahlbezirke eingerichtet werden können und wie Ortsteile zusammengelegt werden könnten.
- Die Verwaltung soll prüfen, inwiefern Briefwahlbezirke zum besseren Überblick über die politische Landschaft so eingerichtet werden können, dass sich statistisch das Ergebnis der Briefwahl dem Präsenzwahlbezirk zuordnen lässt.
- Die Verwaltung soll weiterhin prüfen, inwiefern die Anzahl der Wahlhelfer (derzeit 13 Personen) im Wahlvorstand des Briefwahlbezirks reduziert werden kann.
- Die Verwaltung soll mit dem Wahlamt einen Vorschlag erarbeiten und ihn in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30. April präsentieren.

Der Antrag bleibt im Geschäftsgang.

zurückgestellt

## **5. 21-26/1358 Gründung der „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis GmbH“**

### **Beschlussentwurf:**

1. Der Beteiligung der Stadt Friedberg an der „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis GmbH“ auf der Grundlage des als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertragsentwurfs wird zugestimmt.
2. Der Vertreter / Die Vertreterin der Stadt Friedberg wird ermächtigt, alle hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2.000 Euro für die Einbringung der Stammeinlage stehen im Haushaltsplan 2025 bei der Investition 2.1120.01 „Kauf von Anteilen Wohnungsbaugesellschaft“ zur Verfügung.

Bürgermeister Dahlhaus stellt kurz den Sachstand vor und erläutert die Beteiligung von Kommunen im Wetteraukreis sowie Vorteile der Beteiligung. Erste Stadträtin Diegel befürwortet die Zusammenarbeit von Kommunen und Wetteraukreis und schlägt eine Evaluierung nach 5 Jahren vor zur neuerlichen Entscheidung gemäß Kündigungsrecht.

In der ausführlichen Beratung werden Einzelaspekte der Vertragsgestaltung mit Anpassungsbedarf diskutiert, insbesondere Verpflichtungen (z.B. Gutachten), Stimmanteile (Wetteraukreis und einzelne Kommunen) und Fragen der finanziellen Absicherung (z.B. bei Kreditaufnahme).

An der Beratung nehmen mit Wortmeldungen teil die Mitglieder Durchdewald, Hausner, Mewes und Dr. Saltzwedel.

Mitglied Haub bittet die Verwaltung vor der endgültigen Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung um eine Stellungnahme zur Kostenseite unter Berücksichtigung der vom Wetteraukreis und Kreisbeigeordneter Marion Götz veranschlagten Kosten.

Mitglied Durchdewald erklärt sich bereit, zur Klärung offener Detail-Fragen eine Stellungnahme von Kreisbeigeordneter Marion Götz einzuholen.

Bürgermeister Dahlhaus sagt zu, bis zur Stadtverordnetenversammlung von Verwaltungsseite Antworten auf die offenen Fragen vorzulegen.

Abschließend verweist Vorsitzender Wagner auf den Kreistagsbeschluss zum vorgelegten Konzept inklusive Gesellschaftervertrag, dem sich inzwischen bereits viele Gemeinden mit ihrer Beschlussfassung angeschlossen hätten und lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

#### **Beschluss:**

1. Der Beteiligung der Stadt Friedberg an der „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis GmbH“ auf der Grundlage des als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertragsentwurfs wird zugestimmt.
2. Der Vertreter / Die Vertreterin der Stadt Friedberg wird ermächtigt, alle hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2.000 Euro für die Einbringung der Stammeinlage stehen im Haushaltsplan 2025 bei der Investition 2.1120.01 „Kauf von Anteilen Wohnungsbaugesellschaft“ zur Verfügung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen  
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1

#### **6. 21-26/1373 Beschluss über die Übernahme des Eigenanteils der Kommune im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus**

#### **Beschluss:**

Es wird empfohlen, den endgültigen Bescheid für den geförderten Glasfaserausbau zu beantragen und in diesem Zusammenhang ggf. erforderliche Zwischenfinanzierungen sowie die Übernahme des Eigenanteils in die Wirtschaftspläne der Jahre 2026 ff. aufzunehmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

#### **7. 21-26/1225 Entschädigungssatzung der Kreisstadt Friedberg (Hessen)**

#### **Beschlussentwurf:**

1. Die Entschädigungssatzung der Kreisstadt Friedberg (Hessen) wird beschlossen.
2. Die Entschädigungssatzung tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

#### **Beschlussempfehlung / Magistrat** (Anlage 2)

1. Die Entschädigungssatzung der Kreisstadt Friedberg (Hessen) wird beschlossen.
2. Die Entschädigungssatzung tritt zum **01.01.2025 bzw. zum nächstmöglichen Zeitpunkt** in Kraft.

In der Beratung werden teils miteinander konkurrierende Änderungsvorschläge und Detailfragen vorgebracht. Die Verwaltung wird um Beantwortung von Fragen und um Stellungnahme zu folgenden Punkten gebeten: Kosten der Entschädigungen im Jahr 2024, Vergleichsbetrag bei Anwendung des vorliegenden Satzungsentwurf sowie Einsparpotential (Zeitaufwand/Personalkosten) bei Anwendung einer Pauschalierung.

An der kontroversen Beratung nehmen mit Wortmeldungen teil die Mitglieder Haub, Durchdewald, Dr. Saltzwedel und Dr. Merbs sowie Fraktionsvorsitzende Fuchs, die Rederecht erhält.

#### Änderungsvorschlag 1 / Mitglied Haub

Das i.d.R. nicht in Anspruch genommene Kilometer-Geld soll komplett gestrichen werden.

#### Änderungsvorschlag 2 / Mitglied Haub

Die Aufwandsentschädigung soll bei der Umstellung von netto auf brutto von 39 Euro auf 50 Euro angehoben werden.

#### Änderungsvorschlag 3 / Mitglied Haub

Alle Sitzungsgeldempfänger sollen eine Aufstellung erhalten, zur Vorlage beim Finanzamt.

#### Änderungsvorschlag 4 / Mitglied Haub

Die Entschädigungssatzung tritt (rückwirkend) zum **01.01.2025** in Kraft.

#### Änderungsvorschlag 5 / Mitglied Durchdewald

Als Inflationsausgleich und im Vergleich zu Satzungen der Nachbarkommunen soll die Entschädigungssatzung **ab sofort** in Kraft treten.

#### Änderungsvorschlag 6 / Mitglied Dr. Merbs

Die Einzel-Abrechnung pro Mandatsträger und Sitzung (mit entsprechenden Personalkosten in der Verwaltung) soll durch eine **Sitzungsgeld-Pauschale** ersetzt werden.

#### Änderungsvorschlag 7 / Mitglied Dr. Rack

Mitglied Dr. Rack hält Gegenrede zum vorgezogenen Inkrafttreten der Entschädigungssatzung (hier: zu den Änderungsvorschlägen Nr. 4 und 5) und schlägt das **Inkrafttreten zur nächsten Wahlperiode** vor.

#### Änderungsvorschlag 8 / Mitglied Dr. Rack

Mitglied Dr. Rack schlägt bei einer Abstimmung z.B. bei der Terminierung des Inkrafttretens die **getrennte Abstimmung** vor.

### **Fragen zur Klärung / Mitglied Dr. Saltzwedel:**

1. Warum sollten die Beträge erhöht werden? (Woran lehnt sich eine Änderung an?)
2. Warum wird die Schiedsperson nicht mehr aufgeführt?
3. Wird die (ganztägige/mehrtägige) Vollzeit-Vertretung des Bürgermeisters durch einen Stadtrat/eine Stadträtin weiterhin berücksichtigt und in welcher Höhe?
4. Gibt es eine Begrenzung für die Kosten der Dienstreisen des Stadtverordnetenvorstehers? Kann er wie bisher bis zur Grenze von 500 Euro selbst entscheiden und ist darüber hinaus ein Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses erforderlich?
5. Warum sollte die Inkraftsetzung der Entschädigungssatzung vorgezogen werden?

### **Antrag 1 / Hausner**

Mitglied Hausner beantragt, die Beschlussvorlage im Geschäftsgang zu belassen, um Fragen zu klären und Änderungs- und Ergänzungsvorschläge sowie Einwände zu prüfen.

Ausschussvorsitzender Bernd Wagner bittet die Fraktionen, die Fragen und Vorschläge fraktionsintern zu beraten.

Zum weiteren Vorgehen herrscht Einvernehmen. Die Verwaltung wird beauftragt bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Fragen 1. – 5. zu beantworten und eine Berechnung zu den Punkten 1. – 3. vorzulegen.

### **Beschluss zum weiteren Vorgehen / Arbeitsauftrag an die Verwaltung:**

Bis zur Stadtverordnetenversammlung soll die Verwaltung offene Fragen beantworten und eine Berechnung vorlegen:

1. Welcher Gesamtbetrag an Sitzungsgeldern / Aufwandsentschädigung wurde in 2024 bezahlt?
2. Wie hoch wäre der Unterschied, wenn der beigefügte Satzungsentwurf auf das Jahr 2024 angewendet werden würde? (Bitte die Differenz vorlegen).
3. Welches Einsparpotential (Zeitaufwand / Personalkosten) wäre vorhanden, wenn auf monatliche Pauschalbeträge umgestellt werden würde.

zurückgestellt

## **8. 21-26/1359 Jährlich stattfindende Einbürgerungsfeier in der Stadt Friedberg**

Erste Stadträtin Diegel stellt die Mitteilungsvorlage vor und erläutert die Bearbeitungsdauer von Einbürgerungen und die Terminierung der ersten Friedberger Einbürgerungsfeier auf den 24.02.2026.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**9. Verschiedenes**

**9.1. Verschiedenes;  
hier: Leserbrief „Abfallentsorgung“ in der WZ / Pressemitteilung der  
Stadt Friedberg (Hessen)**

Auf die Frage von Mitglied Hausner nach der Pressemitteilung der Stadt Friedberg bezüglich des Leserbriefes zur Abfallsatzung in der WZ nimmt Erste Stadträtin Diegel Stellung und dankt Mitglied Saltzwedel für die Anregungen.

**9.2. Verschiedenes;  
hier: Antrag 21-26/1332 Stelle für Klimaanpassungsmanagement /  
Sachstand Änderungsantrag**

Mitglied Dr. Saltzwedel fragt nach dem Sachstand des Antrags 21-26/1332 Schaffung einer Stelle für Klimaanpassungsmanagement und der im Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr am 26.02.2025 vom Antragsteller angekündigten Änderung.

Er bittet Bürgermeister Dahlhaus, zum Thema zu informieren.

**9.3. Verschiedenes;  
hier: Baumaßnahmen Kita Rübenburg / Sachstand**

Mitglied Haub fragt nach dem Sachstand zur Kita Rübenburg und den geplanten konkreten Baumaßnahmen. Bürgermeister Dahlhaus kündigt diesbezüglich eine Mitteilungsvorlage an.

Erste Stadträtin Diegel teilt mit, dass die aktuell in Arbeit befindliche gemeinsame Vorlage von Kindertagesstättenverwaltung und Stadtbauamt Informationen zum aktuellen Sachstand und zu Entwicklungsprognosen liefern wird inklusive Bedarfszahlen und der Baumaßnahmen sowie Informationen zum Stadtteil Bauernheim.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, schließt Ausschussvorsitzender Wagner die Sitzung mit Dank an die Anwesenden.

\_\_\_\_\_  
gez.: Wagner  
(Vorsitzender)

\_\_\_\_\_  
gez.: Kammer  
(Schriftführerin)